

II Binationales Treffen zur Verteidigung des Territoriums



„Wasser für die indigenen Völker, nicht für die Unternehmen“, so zierte ein buntes Transparent die Wand des Gemeindesaals von San Antonio Huista, in den sich VertreterInnen von Gemeinden und Organisationen aus Chiapas und Guatemala drängten. Das kleine Munizip im westlichen Hochland von Guatemala war am 21. und 22. März Veranstaltungsort des „Zweiten binationalen Treffens zur Verteidigung des Territoriums“, bei dem die Gefahren debattiert wurden, die als Folge der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen das Leben und Überleben vieler Gemeinden bedroht.

Welttag des Wassers

Wohl nicht aus Zufall fiel die Versammlung auf den Welttag des Wassers, der von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde, um ein ausgeprägtes Bewusstsein im Umgang mit dieser wertvollen Umweltressource zu fördern. Gerade in den ländlichen Gemeinden von Chiapas und Guatemala gilt Wasser als unverzichtbare Lebensgrundlage. Zugleich ist es als essentielles Medium zum Abbau von Rohstoffen sowie zur Produktion von Energie auch ins Blickfeld der nationalen und transnationalen Unternehmen gelangt. Guatemala, das auch nach einem 36-jährigen Bürgerkrieg und den 1996 unterzeichneten Friedensverträgen nicht zur Ruhe kommt, bildet für transnationale Unternehmen ein fruchtbares Terrain: Zwar ist der Krieg seit nunmehr 13 Jahren beendet, eine Lösung der grundlegenden Konflikte allerdings immer noch in weiter Ferne. Die Aufarbeitung des an der indigenen Bevölkerung verübten Genozids sowie die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortung für die Gewalttaten wurden ebenso links liegen gelassen, wie die in den Friedensverträgen vorgesehenen sozioökonomischen Reformen, v.a. eine gerechtere Landverteilung. Bereits während des bewaffneten Konflikts waren große Teile der Profit verheißenden Territorien und Ressourcen abgesteckt und unter Militärs und VertreterInnen der Oligarchie aufgeteilt worden. Die neoliberale Agenda, die von den Nachkriegsregierungen konsequent verfolgt wurde, öffnete auch transnationalen Unternehmen die Tür, die sich bei der Lizenzvergabe für die Großprojekte eifrig unter die WerberInnen mischten.

„Dieselbe Situation, derselbe Widerstand“

Von der ausufernden Lizenzvergabe für Bergbau und Wasserkraftwerke besonders betroffen sind die westlichen Regionen von San Marcos und Huehuetenango sowie der nördliche Teil des Quiché. In diesem Sinne bot das Treffen einen Rahmen für einen Austausch über die Situation in den verschiedenen Regionen, wobei sich viele Parallelen abzeichneten. Alle anwesenden VertreterInnen nannten Umweltschäden, Repression, Umsiedlungen sowie soziale Konflikte in den Gemeinden als gravierende Begleiterscheinungen der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, die unter dem Deckmantel „Entwicklung“ von der Regierung und den transnationalen Unternehmen mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen vorangetrieben wird.

Im Rahmen des binationalen Treffens wurde als exemplarischer Fall die Goldmine Marlin zitiert, die seit 2003 von dem kanadischen Unternehmen Goldcorp betrieben wird und sich trotz der Proteste der anwohnenden Bevölkerung im Munizip San Miguel Ixtahucacán etabliert hat. Im Jahr 2008 beliefen sich die Gewinne des Unternehmens auf 258 Millionen Dollar, während die Steuerabgaben an den guatemaltekischen Staat lediglich 1 Prozent dieses Profits ausmachen. Wie ein Vertreter des Munizips im Rahmen einer Präsentation schilderte, wirken sich die Folgen der Minentätigkeit unmittelbar auf die Lebensverhältnisse der anwohnenden Bevölkerung aus: Der extrem hohe Wasserverbrauch, der sich auf



bis zu 250.000 Liter pro Stunde belaufen kann, hat bereits zum Austrocknen mehrerer Quellen geführt. Die Abholzung der umliegenden Wälder, die Verschmutzung der Flüsse als Konsequenz des Einleitens der metallverseuchten Abwässer der Mine sowie die aufgrund der unterirdischen Sprengungen entstandenen Schäden an den Häusern sind nur einige der irreparablen Folgen der Minentätigkeit.

In der Region Ixil sollen indessen nicht weniger als 42 Wasserkraftwerke errichtet werden. Neben guatemaltekischen Unternehmen der traditionellen Oligarchenfamilien hat sich dort auch der italienische Energiekonzern ENEL eingenistet. ENEL hat in der Region ein Gebiet von 110 Quadratkilometern an Gemeindeland mitsamt den natürlichen Ressourcen gekauft, die traditionell von den dortigen Gemeinden verwaltet wurden. Zudem hat es die Lizenz für die Errichtung eines Kraftwerks erlangt, das ebenso wie fast alle weiteren Wasserkraftwerke der Region ohne Konsultierung der lokalen Bevölkerung durchgesetzt wird. Am 21. März wurden zwei Jugendliche im Municipio von Cotzal tödlich verletzt, als sie von einem LKW des italienischen Unternehmens angefahren wurden, der Zement für die Errichtung des Staudammes transportierte. Als darauf die wütende Bevölkerung die Zufahrtsstraßen blockierte, zögerte die Regierung nicht, Militär und Polizeikräfte zur Auflösung der Proteste zu schicken. Auch im Nachbarmunicipio Nebaj gab es in den letzten Wochen Verletzte zu vermelden. Dort kam es nach Auseinandersetzungen um das Besitzrecht von Quellen zu Zusammenstößen zwischen benachbarten Gemeinden. „Ja, im Ixil haben die Kriege um das Wasser bereits begonnen“, meinte ein Teilnehmer des Treffens.

Auch aus anderen Landesteilen wurde die Durchsetzung von Projekten mit Beteiligung von weiteren transnationalen Unternehmen wie dem spanischen Energieriesen Unión Fenosa oder dem schweizer Bauunternehmen Holcim geschildert, die zu ähnlichen Konflikten mit der lokalen Bevölkerung geführt haben.

„Der Staat gehört uns nicht“

Soziale Bewegungen und Gemeinden haben auf die unkontrollierte Lizenzvergabe der Regierung mit der Abhaltung von lokalen Volksbefragungen reagiert, die bei der Versammlung als Versuch beschrieben wurden, „eine wahre Demokratie zu errichten“. Diese werden unter Berufung auf die von Guatemala ratifizierte Konvention 169 der ILO sowie verschiedene Artikel der guatemaltekischen Verfassung durchgeführt, die für die Nutzung und den Abbau der natürlichen Ressourcen in indigenen Territorien eine Konsultierung der lokalen Bevölkerung vorsehen. In mehr als 34 Municipien kam es zur Anwendung dieses partizipativen Instruments, wobei es in allen Fällen zu einer überwältigenden Ablehnung der Bergbauprojekte und Wasserkraftwerke kam.

All diese Volksbefragungen wurden jedoch von den Regierungen ignoriert, während die Vergabe von Lizenzen zum Ressourcenabbau fortgesetzt und auf Proteste mit der Entsendung von Militär- und Polizeikräften reagiert wurde. Auch mit der unter dem aktuellen Präsidenten Colom betriebenen Wiedereröffnung zahlreicher Militärstützpunkte wird ein Zusammenhang gesehen. Diese Remilitarisierung wurde in der Abschlusserklärung des Treffens in San Antonio Huista als „Strategie zur Kontrolle“ identifiziert, „mit der das Eindringen der Unternehmen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch Bergbau und Wasserkraftwerke garantiert werden soll“. Aus verschiedenen Landesteilen wurde berichtet, dass die Durchsetzung der Projekte durch private Sicherheitsleute oder lokale Sicherheitskomitees überwacht wird, die von den UnternehmerInnen entlohnt werden. Dies hat in vielen Fällen nicht nur eine Spaltung der lokalen Bevölkerung bedeutet, sondern auch eine besorgniserregende Anzahl an Waffen in Umlauf gebracht.

Die VertreterInnen von Organisationen und Gemeinden aus Guatemala und Chiapas erneuerten in San Antonio Huista ihre Absicht, gemeinsam für die Verteidigung ihrer Territorien einzutreten. In einem symbolischen Schritt entschieden sie, die Schlusserklärung nicht an den Staat und dessen Institutionen, sondern an ihre Völker, Gemeinden und Organisationen zu richten. Dies soll das fehlende Vertrauen in einen als „gescheitert“ angesehenen Staat zum Ausdruck bringen, der lediglich im Interesse eines kleinen Bevölkerungskreises agiert. Die Verteidigung der natürlichen Ressourcen sowie die Denunzierung der von den Unternehmen verübten Menschenrechtsverletzungen soll auf verschiedene Ebenen getragen werden. Dabei soll auch der internationalen Solidaritätsarbeit eine Rolle zukommen, wie ein Teilnehmer andeutete: „Wir müssen die Solidaritätsarbeit globalisieren, denn die Unternehmen haben diesen Schritt bereits unternommen“.

Hier der Link zur Schlusserklärung des II. Binationalen Treffens zur Verteidigung des Territoriums [\[Link\]](#)